



# SPREEREHELL

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“ K. Marx

ZEITUNG DER DKP FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

➤ AUGUST 2015



## MIETENPROTESTE NOCH LANGE NICHT VORBEI

*Neue Protestwelle am Kotti und im Wrangelkiez*

→ Mit durchschnittlich 8,53 Euro/m<sup>2</sup> kostet eine angemessene 1-Zimmer-Wohnung in Berlin im Durchschnitt 350 Euro kalt, in Friedrichshain-Kreuzberg sogar 500 Euro. Mit einem normalen Berliner Gehalt ist innerhalb des Bezirks ein Umzug undenkbar. Dass „Berliner Vermieter den Fuß vom Gas nehmen“ (BZ) – glatt gelogen.

Aber auch wer einen älteren Mietvertrag hat, sieht sich immer wieder mit Mietsteigerungen konfrontiert. Dort, wo dies nicht ausreichend Profit erzeugt, wird vermehrt entmietet, um danach neu zu vermieten. Gern wird dabei auch auf kriminelle Hausbesuche und Terror gegen verbleibende Mieter zurückgegriffen. Bekannt für solche Machenschaften sind zum Beispiel die Gekko Real Estate in Zusammenarbeit mit ZIEGERT, der

Entmietungsfirma AMB und der Hausverwaltungsgesellschaft WGW.

Dieses erprobte Firmengespann ist auch in der aktuellen Auseinandersetzung „bizim kiez“ in der Wrangelstraße in Kreuzberg dabei. Hier wehrt sich ein ganzer Kiez mit wöchentlichen Versammlungen gegen die Entmietung eines Hauses. Neben dem konkreten Objekt werden dabei auch andere Luxussanierungen und der Kampf gegen Mieterverdrängung thematisiert. Im Zuge des Protests konnte bereits am 16. Juni nebenan, in der Oppelner Straße, eine Zwangsräumung vorerst verhindert werden. 70 Nachbarn und Aktivisten hatten sich vor der Haustür versammelt und mit der betroffenen Familie solidarisiert, sodass Polizei und Gerichtsvollzie-

➤ Fortsetzung Seite 2



## DEUTSCHE BANK IM KRIEG GEGEN BERLINER MIETER

Das Unternehmen Deutsche Wohnen (DW) wurde von der Deutschen Bank gegründet, um zuerst den deutschen, dann den internationalen Immobilienmarkt zu erobern. Berlin spielt da eine besondere Rolle. Der Senat warf der DW privatisierte, ehemals öffentliche Wohnungsbestände (Gehag, GSW) in den Rachen. Nun ist DW hier größte private Vermieterin. Am Kotti ist zu sehen, was Übernahme durch die DW bedeutet. Schikanen für die bereits gebeutelten Mieter spitzen sich zu: Miet- und Betriebskostensteigerungen unter jedem Vorwand; wer sich wehrt, kriegt ein Heer von Top-Anwälten an den Hals. DW klagte nun gegen den Berliner Mietspiegel, weil er Wuchermieten einschränkt – und bekam Recht! Das Urteil wurde inzwischen aufgehoben, aber das Ziel totaler rechtlicher Verunsicherung ist erreicht. Nun erwägt DW die Übernahme des bisherigen Marktführers Deutsche Annington. Ein Superkonzern würde entstehen, der nicht nur in Berlin, sondern bundesweit die Mieten anheben könnte.

## O-TON

Eine Äußerung zur RAF-Ausstellung: „Es wurden nur ihre Mittel als Argument gegen sie benutzt.

Weil sie Gewalt angewendet haben, waren sie falsch. Vielleicht wollten sie ja von Anfang an was ganz Falsches? (...) Aber nee, das Ding ist: die haben Gewalt angewendet und deswegen ist es falsch. Als Argument gegen die Bundeswehr funktioniert das irgendwie nicht, aber als Argument gegen die RAF schon.“

Maxim von K.I.Z. im Interview des Lower Class Magazin.

## TERMIN-PINNWAND

DO., 6. AUGUST, 19.30 UHR:

### ROTER STAMMTISCH DER DKP FRIEDRICHSHAIN- KREUZBERG.

Vor 70 Jahren warfen die USA auf Hiroshima und Nagasaki Atombomben ab. Welche Rolle spielen heutzutage auch in der BRD stationierte Nuklearwaffen?

ORT: Café Commune, Reichenberger Str. 157, Kreuzberg

SA., 29. AUGUST, 14.00 UHR:

### SUPPE&MUCKE WELTFEST

Unkommerzielles Straßenfest unter dem Motto: „Unsere Welt. Unsere Würde. Unsere Zukunft.“ Eine Plattform für Projekte, Vereine, Initiativen und Aktive, die sich sozial-kulturell und politisch engagieren.

ORT: Rund um den Boxhagener Platz, Friedrichshain

SO., 30. AUGUST, 13.00 UHR:

### ANTIKRIEGSMARKT 2015

Breites Programm gegen Krieg und seine Folgen sowie die zunehmende Militarisierung der Innen- und Außenpolitik. Kultur u.a. mit Berliner Compagnie, Gina Pietsch, Sambagruppe der GEW, Theatertruppe Schöneberg, Weber-Herzog-Musiktheater

ORT: Potsdamer Platz

↘ Fortsetzung von Seite 1  
herin unverrichteter Dinge abziehen mussten.

Wie die gemeinsam veranstaltete Lärmdemonstration „bizim kotti / bizim kiez“ am 15. Juli 2015 gezeigt hat, ist es aber auch um das Gecekundu am Kotti nicht ruhig geblieben. Denn dort wehren sich die Mieter der Skalitzer Straße 142 gegen drastische Mieterhöhungen durch NHS Homes. „Wir brauchen endlich eine Mietbegrenzung im gesamten Sozialen Wohnungsbau in Berlin. Neben unseren Wohnungen sind viele andere Orte des Zusammenlebens im Kiez von Verdrängung bedroht“, schreiben sie.

Abhilfe schaffen soll der Gesetzesentwurf der Initiative „Berliner Mietenvolksentscheid“. In ihm sind Mechanismen wie Förderfonds für den Wohnungsbau festgehalten.

Auch, wenn wir den Initiatoren abnehmen, dass sie damit die Durchschnittsmieten senken wollen wird der Entwurf den Anforderungen an ein politisches Konzept für soziales Wohnen nicht gerecht. Wir gehen daher nicht davon aus, dass die Umsetzung des Begehrens „bizim kiez“ oder den Mietern am Kotti auch nur ansatzweise helfen wird.

Politik im Interesse der Mieter geht nur durch Beschneidung der Profite der Spekulanten und Vermietungsunternehmen. Mieten müssen politisch, nicht durch den Markt festgelegt werden. Haushaltsmittel dürfen nicht in Form von Förderungen als Profit weitergereicht werden. Das Land und die Kommunen sollen selber bauen!

Darum sagen wir: Keine Rendite mit der Miete! Löhne rauf, Mieten runter! ■

## PEGIDA

### Motor für rassistische Gesetzesverschärfungen Asylrecht weiter abgebaut

→ Während PEGIDA und ihre Ableger auf den Straßen rassistische Hetze betreiben und fast täglich Flüchtlingsunterkünfte brennen, nutzt die bürgerliche Politik das fremdenfeindliche Klima.

Am 2. Juli wurde das Asylrecht von der Mehrheit der sogenannten Volksvertreter im deutschen Bundestag wieder einmal ein Stück demontiert. Mit dramatischen Auswirkungen: Nun ist es möglich, Flüchtlinge massenweise zu inhaftieren und sie dann abzuschicken. Jeder Flüchtling, der über ein anderes Land in die BRD eingereist ist, begeht automatisch ein Delikt, einfach nur, weil er sich hier aufhält, und wird dadurch straffällig. Zahlreiche Proteste haben diese Gesetzgebung nicht verhindern können. „Die Gesellschaft ist weiter als die Politik“, so der Flüchtlingsrat Brandenburg in einem

öffentlichen Brief an die Bundestagsabgeordneten. Aber wollen letztere überhaupt so weit sein? Die herrschende Politik befürwortet und praktiziert Kriegseinsätze im Ausland – ebenfalls im Gegensatz zur Meinung von 70% der Bevölkerung. Sie verursacht damit erst, dass Menschen aus ihren Ländern fliehen müssen, weil diese von der NATO und deren Helfern zerbombt werden. Gab es früher etwa Flüchtlinge aus Jugoslawien? Nein! Erst seit der Zerschlagung des Staats und dem NATO-Krieg. Ebenso verhält es sich z.B. mit Libyen – unter Gaddafi eines der wohlhabendsten Länder Afrikas, seit der NATO-Intervention Chaosregion.

Daher sagen wir: Rassismus bekämpfen! Asylrechtverschärfung stoppen – für ein bedingungsloses Bleiberecht! Stoppt die Kriegspolitik von NATO und EU! ■



## MITMACHFALLE „PARKRAUM- BEWIRTSCHAFTUNG“

*Es geht um mehr als nur Profit*

→ In der gesamten Stadt, also auch in unseren Kiezen, erleben wir das Fortschreiten von Privatisierung und Kommerzialisierung, einschließlich der Einengung bisheriger Nutzungsmöglichkeiten öffentlichen Raums. Flächendeckend kostenpflichtiges Parken – dieser absurde Prozess wird eigentlich nur von der Verlogenheit von Politik und senatseigenen Betrieben, wie z.B. der WBM und anderen öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, übertroffen.

Während in Treptow über ein Volksbegehren die „Parkraumbewirtschaftung“ verhindert werden konnte, wurde in Friedrichshain Kreuzberg eine Abstimmung umgangen. Statt dessen schnappte die klassische Mitmachfalle zu. Es gab eine Alibi-Umfrage, bei der das Bezirksamt lediglich zwei Fragen stellte, die Einführung der Maßnahme aber bereits feststand:

1. „Finden sie die Parkzeiten richtig gewählt?“ Darauf antworteten 30,64 % positiv, 69,36 % verneinten.
2. „Finden sie die Parkzonen richtig gewählt?“ 43,44% der Antworten lauteten ja, 56,56% nein.

Nachdem auf Grund und Boden der WBM unentgeltliches Parken abgeschafft wurde – der Quadratmeterpreis übersteigt nun den der Kaltmiete – erzeugt man z.B. im Wohngebiet rund um den Platz der Vereinten Nationen künstlichen Parkplatzmangel.

Weder Besucher des Altersheimes in der Büschingstraße noch Anwohner hatten etwas davon - nur zusätzliche Kosten.

Keine einzige Parkraumzone trägt sich ökonomisch. Verwaltungsaufwand, Parkuhren, Beschilderung und Kosten des Ordnungsamtes werden durch die Einnahmen nicht gedeckt. Bei alledem geht es zwar um erwartete Gewinne. Aber mindestens genauso wichtig ist die Durchsetzung öffentlicher Kontrolle. Es soll „normal“ werden, dass Ordnungsamtmitarbeiter im Alltag herumstolzieren und Falschparker, Radfahrer, Biertrinker, privat Grillende oder sonstwie in der Öffentlichkeit „herumlungernde“ Menschen belästigen. Weil sie noch nicht kapitalistisch optimiert konsumieren, sollen sie, wie die Gratisparkplätze zuvor, verschwinden.

Es ist ein Teufelskreis: die kapitalistische Aufwertung des innerstädtischen Bereichs ermöglicht eine beträchtliche Erhöhung der Miete, und das wiederum verbesserte Verwertungsmöglichkeiten z.B. für Parkplätze. Die damit einhergehende soziale Polarisierung und Kontrolle lässt den öffentlichen Raum zum Schauplatz für Konflikte und darauf reagierende staatliche Gewalt werden. Mit dem Effekt, dass unkommerzielle Nutzungen zunehmend ausgeschlossen werden. ■



## POSTSTREIK VORBEI

*Was bringt Sozialpartnerschaft?*

Die Post/DHL ist das größte Logistikunternehmen der Welt. Um den Gewinn noch weiter zu erhöhen, sollte noch stärker als bisher Tariffucht praktiziert werden – über eigene Subunternehmen. In der BRD ist es fast unmöglich, gegen dieses „Outsourcing“ zu streiken. Doch die Belegschaft fand einen Weg. Anfang Juni begann der unbefristete Streik, und immer mehr Bereiche des Unternehmens wurden faktisch lahmgelegt. Obwohl die Post-Geschäftsführung versuchte, Stimmung gegen den Tarifkampf zu erzeugen, ihn gerichtlich verbieten lassen wollte und sogar Streikbrecher einsetzte, lag die Solidarität der Öffentlichkeit klar auf Seite der Beschäftigten. Jeder Streiktag erhöhte den Berg nicht bearbeiteter Sendungen. Durch die Praxis, Monopolisten wie Amazon während des Streiks bevorzugt zu behandeln, musste der Konzern einige mittelständische und kleinere Unternehmen als Kunden einbüßen. Wieso nun der überraschende Tarifvertrag, der das „Outsourcing“ billigt? Warum wurde das Kernziel des Streiks aufgegeben? Die Fortsetzung des Arbeitskamps hätte das Unternehmen zu massiven Zugeständnissen gezwungen. An Streikbereitschaft in den Betrieben mangelte es sicher nicht. Wir brauchen starke Gewerkschaften, die im Interesse ihrer Mitglieder handeln!

# DKP



## Leben & kämpfen in Friedrichshain-Kreuzberg

Die DKP führt bundesweit ein reges Parteileben. In Friedrichshain-Kreuzberg arbeiten wir außerdem zu lokalen Themen: Wir engagieren uns antifaschistisch – wenn Nazis marschieren, ist Widerstand Pflicht! Wir unterstützen politische Bündnisse wie z.B. „Zwangsräumungen verhindern!“ oder Kotti&Co., um den Kampf gegen Verdrängung und steigende Mieten zu führen. Wir arbeiten in anti-rassistischen Initiativen im Kampf gegen staatlichen Rassismus und unterstützen Flüchtlingskämpfe. Wir sagen „Nein!“ und stellen uns quer, wenn die Kriegstrommel wieder tönt und deutsche Soldaten zu Auslandseinsätzen geworben werden sollen.

Uns eint ein Gedanke: Dieses kapitalistische Gesellschaftssystem muss überwunden werden! Wir kämpfen für den Sozialismus, eine Welt, in der die Grundlagen geschaffen werden für ein Leben ohne Ausbeutung, Krieg, Rassismus und Barbarei. Dafür braucht man eine starke und langfristige Organisation – für uns ist das die DKP.

Du möchtest uns kennen lernen und/oder mitmachen, oder einfach nur Kontakt zur DKP? Dann komm gern zu unserem offenen Treffen!

### KONTAKT & IMPRESSUM:

DKP Friedrichshain-Kreuzberg  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Tel.: 030.29783132  
Web: [dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de](http://dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de)

Vi.S.d.P.: M. Grüß, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

### OFFENES TREFFEN:

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Café Commune, Reichenberger Str. 157, Kreuzberg, U-Bahn Kottbusser Tor

## KLASSENGEGNER ZUM AUSSCHNEIDEN & SAMMELN



# MICHAEL MÜLLER (SPD)

*Wowereits Thronfolger*

→ Michael Müller, seit Dezember 2014 Berlins Regierender Bürgermeister, löste den „Arm aber Sexy“-Vorwähler Wowereit ab. Als angeblicher „Sportfan“ versuchte er, die lächerliche Olympiabewerbung Berlins durchzuboxen. Dabei war nun gerade in der Hauptstadt nicht zu übersehen, dass es sich bei den Kampagnen um reine Inszenierungen ohne Rückhalt bei den Berlinern handelte.

Stichwort Milliardengrab BER-Flughafen – eigentlich nicht richtig: die Kohle ist ja aus öffentlichen Kassen in die Taschen einiger Privatfirmen geflossen und fließt immer weiter. Insofern ist das Projekt nicht sinnlos. 171 Millionen Euro Miese im Jahr 2014; im Vorjahr hatte das Minus sogar 181,7 Millionen Euro betragen. Und der „Ausbau“ läuft weiter. Seit einigen Wochen mit Müller als Aufsichtsratsvorsitzendem. Auch weitere Prestigeprojekte des Großkapitals, wie der Bau diverser Einkaufszentren, Spielhallen oder Stadtschlösser, dürften ganz oben auf der Agenda stehen. So ist auch das Mieten-Volksbegehren, durch das sich einige mietenpolitische Aktivisten eine Entspannung auf dem teuren Berliner Wohnungsmarkt

versprechen, vor Müllers Vermarktungsambitionen nicht sicher. Er hat die „Förderung des Wohnungsbaus“ zur Chefsache erklärt und lässt das Volksbegehren prüfen. Schon jetzt dürfte klar sein, dass allein jene Punkte durchkommen werden, die Profite für private Baufirmen versprechen. Mit den Sozi-Vorvätern seiner Partei hat Müller überhaupt nichts gemein. Jener SPD der 1920er Jahre, die u.a. mittels Hauszinssteuer das Kapital zur Kasse bat. Mit diesen Einnahmen konnte immerhin der städtische Bau preiswerten und billigen Wohnraums vorangetrieben werden (Hufeisensiedlung, Wohnstadt Carl Legien, Schillerpark etc.). Müller, Verfechter der reinen Marktwirtschaft, lässt sich lieber im Audi A&L 4.0 TFSI L quattro (Benzin) durch die Gegend chauffieren und stößt dabei 216 Gramm CO<sub>2</sub> pro km aus. Die arbeitende Klasse hat von ihm nichts Gutes zu erwarten. Denn Müller ist lediglich ein neuer Charakterdarsteller des Kapitals. Autoverkäufer, Flughafenbetreiber, Eventmanager und insbesondere Wohnungsbau- und Vermarktungsfirmen können unter seiner Regie weiterhin mit maximalen Profiten rechnen. ■